

Änderungsantrag

der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

zum Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke auf Annahme einer Entschließung – Drucksache 19/1672 – **Die B.L.O.-Ateliers gehören zu Berlin!**

Das Abgeordnetenhaus wolle den Antrag in folgender Fassung beschließen:

Kultur- und Kreativstandort B.L.O. – Ateliers retten und langfristig sichern

Das ehemalige Bahnbetriebswerk Berlin Lichtenberg-Ost wurde in den letzten zwanzig Jahren erfolgreich zu einem Ort der gelebten Demokratie, der Begegnung und der kulturellen Bildung entwickelt. Die guten Verhandlungen mit der Eigentümerin, der Deutschen Bahn, wurden seitens der Deutschen Bahn ohne Ankündigung Ende April ausgesetzt. Mit sofortiger Wirkung wurde dem Trägerverein Lockkunst e.V. die Nutzung der Gebäude anlässlich einer Prüfung der elektrischen Anlagen untersagt.

Damit steht die (sozio-)kulturelle Nutzung der B.L.O.-Ateliers als nachbarschaftlicher, regionaler und internationaler Anziehungspunkt vor dem Aus. Das international anerkannte Modellprojekt mit seinen über 60 Ateliers und Arbeitsräumen muss kurzfristig gerettet und langfristig gesichert werden.

Das Abgeordnetenhaus fordert die Deutsche Bahn daher auf, das Betretungsverbot unverzüglich aufzuheben, die baulichen Mängel auf Grundlage des Gutachtens und gemeinsam mit dem Trägerverein zu beheben und so schnell als möglich und beispielsweise durch ein Mietangebot den Standort langfristig zu sichern.

Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf, unverzüglich Gespräche mit den Vertretungen der Bundesregierung aufzunehmen, damit die Bundesregierung als einzige Gesellschafterin der DB AG ihren Einfluss zur Rettung des Standorts in den nächsten Wochen geltend macht.

Außerdem soll der Senat gemeinsam mit allen Beteiligten der B.L.O.-Ateliers, dem Land und Bezirk sowie den zuständigen Stellen des Bundes in regelmäßige Gespräche darüber eintreten, wie dieser Kultur- und Kreativstandort an der Lichtenberger Kaskelstraße 55 langfristig erhalten und Planungssicherheit für die bestehenden Nutzungen hergestellt werden kann. Dazu gehören insbesondere Gespräche mit der politischen Leitung des Bundesministeriums für Verkehr als Fach- und Rechtsaufsicht der DB AG. In diesem Zuge soll der Senat auch prüfen, welche Konsequenzen aus dem Vorgang für andere Interessen des Konzerns in Berlin zu ziehen sind, falls sich die DB AG bezüglich der B.L.O.-Ateliers weiterhin nicht kooperativ zeigt.

Für das Abgeordnetenhaus steht fest: Die B.L.O.-Ateliers gehören zu Berlin und verdienen eine langfristige Sicherung am bestehenden Standort sowie eine dauerhafte Unterstützung aller politisch Verantwortlichen!

Begründung

Die B.L.O.-Ateliers sind ein seit langem etablierter Ort bürgerschaftlichen Engagements, der Begegnung und der kulturellen Bildung. Die Akteure arbeiten vor Ort in Ateliers, Arbeits- und Proberäumen, Werkstätten und Manufakturen. Künstler im Exil finden seit 2017 in einem „Artist in Residence“-Programm Orte der Zuflucht für ihre künstlerische Arbeit. Rund hundert Kreativschaffende haben ihre künstlerische und berufliche Existenz an diesem Ort aufgebaut. Neben diesen vielfältigen kulturellen Nutzungen sichert das Projekt als Kreativ-Hub, Veranstaltungsllocation und touristisches Ziel auch zahlreiche Arbeitsplätze in der Stadt. Spätestens seit der Pflanzung von Bäumen aus Auschwitz-Birkenau im Rahmen der Berlin-Biennale im Jahr 2012 dient das Gelände zudem als Erinnerungsort.

Insofern hält das Abgeordnetenhaus es für völlig unverständlich und im höchsten Maße kritikwürdig, wie die Deutsche Bahn AG als Eigentümerin des Geländes gegenüber den B.L.O.-Ateliers gegenwärtig agiert: Weder die plötzliche Kündigung bzw. Nicht-Verlängerung des Mietvertrags mit dem Trägerverein Lockkunst e.V. noch das überraschende Betretungsverbot für einen Großteil der Flächen und Gebäude ist auch nur im Ansatz nachvollziehbar oder sachlich begründet. Zumal keine konkrete (Zeit-)Planung über die Verwendung des Grundstücks, seitens der DB, vorliegt. Dies gilt umso mehr, als dass es sich bei dem DB-Konzern um ein öffentliches Unternehmen im Eigentum der Bundesrepublik Deutschland handelt.

Berlin, 22. Mai 2024

Stettner Dr. Juhnke Goiny
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der CDU

Saleh Kühnemann-Grunow
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der SPD